

Ratsherr Dietrich Keil, Essen  
„Essen steht AUF“  
Tel. 0201-556323

Essen, 10.12.2008

### ***Pressemitteilung***

## **Gelsenkirchens SPD: Weniger Demokratie wagen? Überparteiliche Kommunalwahlbündnisse gegen undemokratische Sperrklausel**

**Mit seinem Appell, bei der Kommunalwahl Wählergruppen und Einzelbewerbern den Einzug in die Räte mit einer Sperrklausel zu erschweren, negiert Gelsenkirchens OB Baranowski (SPD) nach Ansicht fortschrittlicher und unabhängiger überparteilicher Kommunalwahlbündnisse wie „AUF Gelsenkirchen“ und „Essen steht AUF“ den Wählerwillen nach engagierten Vertretern, die sich gezielt für die Bürger auch im Einzelfall und direkt vor Ort einsetzen.**

„Baranowskis Vorstoß ist schlicht undemokratisch,“ sagt Essens Ratsherr Dietrich Keil von „Essen steht AUF“. „Er will alle Wähler ausgrenzen, die kommunal nicht nur parteipolitisch, sondern ausgehend von den realen Lebensfragen in der Stadt überparteilich denken, entscheiden und sich einmischen wollen. Verfassungsrechtlich wurde zu Recht die frühere 5%-Klausel seit 1999 abgeschafft. Soll Demokratie mit dem SPD-Vorstoß nun zum Fremdwort in unserer kommunalpolitischen Landschaft werden?“ Gegen diesen Trend kündigt Keil die verstärkte Koordinierung und Vernetzung überparteilicher Kommunalwahlbündnisse zur Kommunalwahl 2009 an.

Es sei schon jetzt nicht zu übersehen, dass in den Räten lieber vermieden werde, sich kontrovers in der Sache auseinander zu setzen. Anfragen würden unter fadenscheinigen Gründen nicht behandelt, Anträge in Ausschüsse verschoben, in denen die „Kleinen“ nicht abstimmen dürfen. Unliebsame Punkte würden von den etablierten Parteien gern abgesetzt, wenn sie ihnen nicht in den Kram passen, so wie derzeit zu den Folgen der Finanzkrise für die Kommunen z.B. auf Cross Border Leasing-Geschäfte.

„Ist OB Baranowski vielleicht der Meinung, wenn diese „Kleinen“ es nicht in den Rat schaffen, erhält seine Partei endlich wieder Zulauf?“ fragt Monika Gärtner-Engel, Stadträtin in Gelsenkirchen. „Ich brauche keine Glaskugel um vorauszusagen, dass es mit einer Partei, die Vorreiterin für Hartz IV ist und damit Massenarmut und Niedriglöhne betreibt und die demokratische Rechte weiter einschränken will, auch weiter bergab geht“. Wenn die SPD, die früher im Ruhrgebiet teils 60 und mehr Prozent der Wählerstimmen bekam, so radikal absacke – dann solle sie lieber selbstkritisch in sich gehen, anstatt KritikerInnen zu beschimpfen und Sperrklauseln einzuführen, weil man inhaltlich nicht mit ihnen fertig würde.

Mit der Bitte um Veröffentlichung und freundlichen Grüßen

*Dietrich Keil*